



NEWSLETTER

Gemeinsam für unsere Heimat



Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer. Staatsregierung, Pflegepolitischer Sprecher, Frankensprecher

Wolfgang Hauber, MdL Innenpolitischer Sprecher

(Archivfoto)

Unsere Woche im Bayerischen Landtag

10. Mai - 16. Mai 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

eine unvorstellbar große Last fällt in diesen Tagen von uns: Die Sieben-Tage-Inzidenz der Corona-Infektionen in Bayern ist vergangenen Freitag **erstmals seit fast zwei Monaten auf unter 100 gefallen; gleichzeitig impft Deutschland inzwischen mehr als 1,3 Millionen Menschen pro Tag – ein neuer Rekord**. Das freut uns FREIE WÄHLER im Landtag sehr, bedeutet es doch, dass immer mehr Städte und Gemeinden die Außengastronomie öffnen dürfen – und sogar Kinos und Theater bald bei stabil niedrigen Inzidenzen wieder Publikum einlassen dürfen. Auch können unsere Kinder und Jugendlichen wieder in ihren Vereinen Sport mit Gleichaltrigen treiben – all das natürlich unter den bewährten Hygieneauflagen und Testkonzepten. **Das Hauptaugenmerk von Politik muss jetzt darauf gelegt werden, den sukzessiven Rückweg von Staat und Gesellschaft zu Normalität und Freiheit zu organisieren**. Dabei gilt es, ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten, aber auch so viel Normalität wie möglich zu schaffen. Dafür haben wir uns in der vergangenen Woche mit aller Kraft eingesetzt und neue Weichen gestellt. Mehr dazu erfahren Sie in unserem Wochenrückblick.

Inhalt

1. Wachsendes Impftempo führt Inzidenzwert ad absurdum
2. Situation der pflegenden Angehörigen in Bayern am Internationalen Tag der Pflege 2021
3. Eckpunktepapier "Integrität und Transparenz" soll unmoralische Geschäftemacherei bekämpfen
4. Kein voreiliger Aktionismus: Baulandmobilisierungsgesetz gründlich prüfen
5. FREIE WÄHLER Altdorf gegen geplanten Sandabbau bei Altdorf-Röthenbach
6. Mediathek-Tipp
7. Regionalparlamente sind Motor einer stabilen Zukunft der EU
8. Thema des nächsten #Blickpunkts B@yern!
9. Kontakt und Impressum

Rückblick

Wachsendes Impftempo führt Inzidenzwert ad absurdum



Mit dem Abebben der dritten Infektionswelle ist es jetzt Aufgabe der Staatsregierung, Sicherheit und Normalität bestmöglich unter einen Hut zu bringen und ein gutes Leben mit Corona zu organisieren, bis die Pandemie final überwunden werden kann.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, rufen wir unsere Forderung nach einer Abkehr vom Inzidenzwert als zentraler Bemessungsgrundlage für das Pandemiegeschehen in Erinnerung. Hiervon konnten wir bereits im März auch unseren Koalitionspartner mehrheitlich überzeugen. In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag hatten wir die Staatsregierung gemeinsam beauftragt zu prüfen, ob und welche weiteren Indikatoren und Erkenntnisse den Inzidenzwert

als zentralen Bezugspunkt für Öffnungsstrategien ergänzen könnten.

Dies halten wir nun für nötiger denn je und sehen darin einen zentralen Erfolgsfaktor für ein gelingendes Krisenmanagement im Sommer. Angesichts des immer schnelleren Impffortschritts verliert der Inzidenzwert täglich weiter an Aussagekraft. Erfreulicherweise entkoppelt sich auch die Belastung unserer Krankenhäuser in zunehmendem Maße von diesem Indikator. **Das Ziel unserer Politik besteht nicht darin, eine mathematische Kennzahl zu drücken, sondern schwere Verläufe sowie Todesfälle zu verhindern und Corona zu besiegen.**

Nach Ansicht von uns FREIE WÄHLER-Fraktion bedarf es daher in den nächsten Wochen eines Strategiewechsels der bayerischen Corona-Politik, die sich aus ihrer singulären Fokussierung auf den Inzidenzwert lösen soll. Dies haben wir bereits im Februar in unserem [Bayernplan](#) gefordert und zwischenzeitlich Rückenwind diverser Experten für diese Idee erhalten. In einem [Schreiben an Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek](#) bedanken wir uns deshalb nicht einzig für dessen vortrefflichen Einsatz zugunsten der Erhöhung des Impftempos im Freistaat.

Wir erfragen überdies, zu welchem Ergebnis die vom Bayerischen Landtag beauftragte Prüfung der Staatsregierung hinsichtlich einer Ergänzung des Inzidenzwerts gekommen ist. Dies erscheint uns unerlässlich, um Schulen, Wirtschaft, Sport, Kunst und Kultur verantwortungsbewusste Perspektiven aufzeigen zu können.

Situation der pflegenden Angehörigen in Bayern am Internationalen Tag der Pflege 2021

Zum Internationalen Tag der Pflege am 12.05.2021 nimmt der Patienten- und Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Herr Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer MdL, zusammen mit dem Medizinischen Dienst Bayern (MD Bayern) und dem Zentrum für Versorgungsforschung am Universitätsklinikum Erlangen an einer Online-Pressekonferenz zum Thema GESUNDPFLEGEN in BAYERN teil. Dabei werden erste Ergebnisse der Studie zur „Situation pflegender Angehöriger in Bayern“ vorgestellt. Beginn der digitalen Veranstaltung am 12.05.2021 ist um 11 Uhr; Informationen zu Programm und Teilnahme findet man auf den Internetseiten des MD Bayern (www.mdk-bayern.de).



„Die aktuelle Studie der Erlanger Versorgungsforscher, Herr Prof. Gräßel und Frau Dr. Pendergrass, kommt zu dem Ergebnis, dass 86 % der pflegenden Angehörigen die Pflege auch als Zugewinn empfinden. Diese Daten sind aus meiner Sicht für alle pflegenden Angehörigen von großer Bedeutung und geben Zuversicht. Daher setzte ich mich nachdrücklich dafür ein, dass diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse in die tägliche Praxis der Pflegeberatung integriert werden!“ betont Dr. Bauer.

„Pflegerische Angehörige sind unser größter Pflegedienst und verdienen von Staat und Politik volle Anerkennung und Unterstützung. Gerade die Corona-Pandemie hat mehrfach und eindrucksvoll verdeutlicht, dass die Gruppe der pflegenden Angehörigen noch immer leicht übersehen wird. Bestes Beispiel war und ist die Einordnung der pflegenden Angehörigen in die unterschiedlichen Prioritätsgruppen bei der Impfung. Und aktuell ist vom Bundesgesundheitsministerium zu hören,

dass im Jahr 2020 pandemiebedingt – im Vergleich zum Vorjahr – bei den Pflegekassen 21,1 % weniger Leistungen für Tages- und Nachtpflege sowie 12,3 % weniger für Kurzzeitpflege abgerufen wurden. Das lässt aufhorchen!“ so der Pflegebeauftragte. **„Meine Forderung als Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung ist, dass pflegende Angehörige mehr Mitsprache bei Entscheidungsprozessen erhalten müssen und durch eine einheitliche, starke Stimme unterstützt werden sollten. Zum Beispiel mit einem eigenen Verband“**, betont Dr. Bauer. „Die neuen Erkenntnisse aus Erlangen zeigen, dass die Schwerpunkte der Pflegeberaterinnen und -berater noch geschärft werden könnten und sollten. Der Schlüssel zu guten Leistungen im Bereich der Pflege ist aus meiner Sicht ganz klar eine sachkundige und ausführliche Beratung, die immer am einzelnen Menschen orientiert sein muss. Pflegeberaterinnen und -berater leisten eine enorm verantwortungsvolle gesamtgesellschaftliche Arbeit, für die ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken möchte. Genauso wie mein aufrichtiger Dank an das Zentrum für Versorgungsforschung am Universitätsklinikum Erlangen sowie den MD Bayern geht!“

„Ich bin überzeugt, dass wir nur dann in der Pflege gemeinsam vorankommen, wenn die Ergebnisse der Wissenschaft in die tägliche praktische Arbeit von unterschiedlichen Akteuren des Gesundheitswesens aufgenommen und umgesetzt werden. Die pflegenden Angehörigen sind das Rückgrat unseres Pflegesystems. Zuhause von einer nahestehenden Person versorgt und gepflegt zu werden, entspricht dem Wunsch der meisten Pflegebedürftigen. Daher ist der Erhalt der familialen Pflegekapazitäten in unserer Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Pflegeberatung dient nicht nur als Informationsquelle, sondern zielt darauf ab, eine gute und stabile Versorgung in der eigenen Häuslichkeit zu entwickeln und umzusetzen. Hieran sollten wir uns am Internationalen Tag der Pflege erinnern und uns gemeinsam dafür einsetzen!“ bekräftigt der Beauftragte.

Eckpunktepapier „Integrität und Transparenz“ soll unmoralische Geschäftemacherei bekämpfen



Kaum haben wir das Bayerische Lobbyregistergesetz auf den Weg gebracht, wird bereits die nächste Stufe unserer Transparenzoffensive gezündet. **„Integrität und Transparenz – für eine unabhängige, ehrliche und glaubwürdige Politik“** lautet der Titel eines neuen Eckpunktepapiers, in dem die FREIE WÄHLER-Fraktion ihre Vorstellungen einer für den Bürger nachvollziehbaren Politikgestaltung vorstellt.

Es kann sein, dass sich manche Parlamentarier in anderen Parteien vor allem engagieren, um dort etwas „zu werden“. Wir betrachten uns jedoch als dafür gewählt, stellvertretend Polizist, Krankenschwester, Gastwirt, Solo-Selbständiger oder auch Anwalt zu sein. Erst der verfassungsrechtlich garantierte Fortbestand unserer bürgerlichen Berufe ermöglicht die Unabhängigkeit von uns Abgeordneten.

Gerade die jüngsten Vorfälle rund um die ehemaligen Unions-Abgeordneten Nüsslein, Sauter und Gauweiler belegen, dass es nicht reicht, Einkommensverhältnisse offenzulegen. **Denn die Vergangenheit hat gezeigt, dass es schwarze Schafe gibt, die ein völlig anderes Verständnis von der Vermischung ihres Mandats mit eigenen finanziellen Vorteilen haben als wir FREIE WÄHLER im Landtag.** Wir sind der Auffassung, dass **jede unmoralische Geschäftemacherei mit der Nähe zu Regierenden unmöglich gemacht werden muss.** Deshalb kämpften wir FREIE WÄHLER im Landtag seit langem für das **Verbot jeglicher bezahlter Lobbytätigkeit durch Abgeordnete.** Auch Geschäfte von Abgeordneten mit dem Bund oder dem Freistaat sehen wir kritisch. Schon der bloße Anschein der Ausnutzung des Mandates muss vermieden werden. Oberhalb einer Bagatellgrenze eines Jahresumsatzes von beispielsweise maximal 50.000 € sollen sich **Abgeordnete künftig an keinerlei Verträgen mit Bund, Freistaat oder mit Unternehmen, an denen Bund oder Freistaat beteiligt sind, oder bei der Anbahnung solcher Verträge beteiligen dürfen.**

Und auch bei der Parteienfinanzierung wollen wir ansetzen. Deshalb setzen wir uns für ein grundsätzliches **Verbot von Spenden an Abgeordnete,** als auch für ein **generelles Verbot von**

Konzern- und Verbandsspenden an Parteien ein. Auch wenn uns als Regierungsfraktion zwischenzeitlich immer wieder große Spenden angeboten werden, lehnen wir deren Annahme mit der gleichen Überzeugung ab, wie wir dies schon seit unserem erstmaligen Einzug in den Landtag im Jahr 2008 stets getan haben. Das Wasser der Transparenz zu predigen und gleichzeitig den Wein der Parteispenden zu trinken, wie dies jüngst die Grünen getan haben, kommt für uns nicht infrage.

👉 **Werfen Sie einen Blick in das [Eckpunktepapier!](#)**

Kein voreiliger Aktionismus: Baulandmobilisierungsgesetz gründlich prüfen

Wir FREIE WÄHLER im Landtag üben Kritik an der Ankündigung der CSU-Fraktion, das Baulandmobilisierungsgesetz im Bundesrat stoppen zu wollen. Ob der Freistaat bei dem bereits im Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf den Vermittlungsausschuss anrufen wird, ist noch Teil einer internen Diskussion. **Die Mobilisierung von Bauland ist ein wichtiges Instrument, um Wohnraum zu schaffen.** Eine Vereinfachung des Vorkaufsrechts für Gemeinden ist vor diesem Hintergrund ein echter Pluspunkt. Die Ausweitung von drei auf fünf Wohneinheiten im Außenbereich stellt für Familien zudem eine Erleichterung dar, um beieinander zu bleiben. Statt auf Ablehnung wichtiger Initiativen setzen wir auf Kompromisse, die pragmatisch sind und auch in den Kommunen ankommen. Eine finale Festlegung der Position Bayerns im Bundesrat kann und soll aus diesem Grund noch nicht stattfinden. **Schaffung von Wohnraum und parallel dazu eine Erhöhung der Eigentumsquote sind das Ziel der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag** – wobei sich die Bayernkoalition zuletzt nicht auf eine Verlängerung der Eigenheimzulage verständigen konnte. Eine Eigentumswohnung oder gar ein eigenes Haus gehören für uns allerdings zu den zentralen Säulen einer sicheren Altersvorsorge sowie einer krisenfesten Gesellschaft. **Wir kämpfen daher an zahlreichen Fronten für eine höhere Wohneigentumsquote im Freistaat. So auch mit der erst kürzlich vorgelegten Novellierung und Modernisierung der Bayerischen Bauordnung.**

FREIE WÄHLER Altdorf gegen geplanten Sandabbau bei Altdorf-Röthenbach!

ALTDORF. Die FW/UNA-Stadtratsfraktion unterstützt die Bemühungen der Stadt Altdorf und des BN vollumfänglich, sich gegen das Vorhaben „Erschließung der Quarzsandlagerstätte QS 14“ zu wehren. [Bis zum 21. Mai](#) läuft ein Raumordnungsverfahren, da die Areale westlich von Röthenbach als Vorbehaltsflächen im Regionalplan der Industrieregion Mittelfranken eingetragen sind und nun tatsächlich eine Firma den Abbau angehen möchte. Die FW/UNA-Stadträte hatten daher Landrat Armin Kroder, den Landtagsabgeordneten der FREIEN WÄHLER Wolfgang Hauber und den FREIE WÄHLER Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, Robert Ilg, zu einer gemeinsamen Ortsbegehung in das Waldgebiet nordwestlich von Röthenbach und in die Röthenbachklamm eingeladen.

Die FW-Vertreter tauschten sich darüber aus, dass hier ca. 50,2 ha Waldfläche mit Vogelschutzgebiet, Biotopen und Bannwald dem Sandabbau zum Opfer fallen würden. Gerade der Bannwald erfüllt hier eine wichtige Lärmschutzfunktion gegen den Verkehrslärm der Autobahn A6. Unabhängig von der schweren Naturzerstörung und Verkehrsbelastung hält es die FW/UNA-Stadtratsfraktion auch für sehr bedenklich, dass sich in nicht allzu weiter Entfernung zu dem Gebiet auch Trinkwasserschutzgebiete der Stadt Altdorf und der Stadt Nürnberg befinden.

Ein Eingriff in das bestehende „System Wasser“ in diesem Gebiet kann weitreichende Folgen haben. Falls nun großflächig gerodet und das Wurzelwerk in diesem Areal entfernt wird, würde das ganze Gebiet sehr viel trockener werden, verbunden mit weitreichenden Folgen für das Grundwasser. Ein Absinken des Grundwasserspiegels würde nach Auffassung der FW/UNA bei Realisierung des Projektes drohen. Auch würde sich das Klein- bzw. Mikroklima im Umkreis verändern (trockener, heißer, da die puffernde Vegetation wegfällt). Die Pflanzen dort, bestehend aus Bäumen, Sträuchern, Gras etc. bieten einen natürlichen Schutz vor Evapotranspiration (Verdunstung aus Wasserflächen, Böden, Pflanzen etc.). Da durch den Klimawandel sowieso mit der Zunahme von Extremwetter zu rechnen ist, sollte man ein gewachsenes System nach Auffassung der Freien Wähler nicht zerstören. Der Eingriff in dieses Ökosystem könnte eventuell auch Folgen für die umliegenden Gewässer haben und im schlimmsten Fall dazu führen, dass auch in der Röthenbachklamm kein Wasser mehr fließt.

Kritisch sieht es die FW/UNA ferner, dass die Antragsteller als Begründung mit anführen, dass das zu gewinnende Sandmaterial zur Versorgung und langfristigen Sicherung des Rohstoffbedarfs im Großraum Nürnberg dienen würde. Die FW-Kreisräte Thomas Dietz und Adalbert Loschge weisen darauf hin, dass unser Landkreis und auch die benachbarte Oberpfalz durch den Sandabbau schon genug belastet sind und das ein weiterer Abbau für die Versorgung der Region sicherlich nicht erforderlich wäre.

Landrat Armin Kroder äußert sich ebenfalls durchaus kritisch zu dem geplanten Vorhaben: „Auch mit ernsthaftem Blick auf begründbare Belange der Bauwirtschaft hat dieses unsensible Vorhaben nach gegenwärtigem Stand ganz erhebliche rechtliche, ökologische, soziale und damit insgesamt wohl auch ökonomische Probleme - es ist nicht nachhaltig und damit politisch abzulehnen.“ Da es sich um Staatsforst handelt, wollte die FW/UNA auch die FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion einbeziehen. Im Erläuterungsbericht des Raumordnungsverfahrens heißt es: *„Alleiniger Grundeigentümer im Vorhabensgebiet sind die Bayerischen Staatsforsten. Die Bamberger Sand- und Kiesbaggerei GmbH hat mit dem Eigentümer Verträge geschlossen. Von Seiten der Bayerischen Staatsforsten wurde die Zusage erteilt, dass eine Genehmigungsplanung für die betreffende Fläche durchgeführt werden kann.“* Dazu Thomas Dietz an den Abgeordneten Hauber gewandt: „Wir stellen uns als Kommunalpolitiker und betroffene Bürger schon die Frage, was die Bayerischen Staatsforsten hier schon zugesagt bzw. ggf. vertraglich fixiert haben!? Konkret interessiert uns vor allem, wer von staatlicher Seite, wann was genau zugesagt hat? Wir Bürger haben ein Anrecht darauf, transparent zu erfahren, was der Bayerische Staat mit unserem Wald vor hat!“

Der Landtagsabgeordnete Wolfgang Hauber, in dessen Betreuungsbereich auch der Landkreis Nürnberger Land fällt versteht den Unmut der Altdorfer:innen und möchte gerne unterstützend tätig werden. „Zunächst möchte ich mich um weitere Informationen der zuständigen Ministerien bemühen. Die vorgebrachten Argumente sind absolut nachvollziehbar und wiegen schwer,“ so Hauber. Die FREIEN WÄHLER halten das Vorhaben für sehr bedenklich und gefährlich in Bezug auf Erosion, Eingriff in den Wasserhaushalt, Eingriff in die vorliegenden geologischen Gegebenheiten, Zerstörung des Waldes mit seinen Bewohnern (Vögel, Fledermäuse, Reptilien etc).



Mediathek-Tipp



Umweltminister Thorsten Glauber in Münchner Runde des BR

Der Kampf gegen den Klimawandel muss entschlossener fortgesetzt werden – und wird viele neue Jobs schaffen, so Umweltminister Thorsten Glauber am Abend des 12. Mai in der Münchner Runde des BR-Fernsehens. Tätigkeitsfelder werden sich allerdings verschieben. Die Sendung gibt's für Sie in der **Mediathek des BR** [externer Link].

Regionalparlamente sind Motor einer stabilen Zukunft der Europäischen Union

Im Rahmen unserer Serie „Blickpunkt B@yern“ haben wir zum Europatag am 9. Mai einen digitalen Parlamentarischen Abend zum Thema „Baustelle Europa – gemeinsam anpacken für die Zukunft“ veranstaltet.

Tobias Gotthardt, Europaausschussvorsitzender und europapolitischer Fraktionssprecher, begrüßte zu dem Event **doc. PhDr. Mikuláš Bek, Ph.D.**, Senator und Vorsitzender des

Europaausschusses im tschechischen Senat, sowie **Dr. Sebastian Huber**, Abgeordneter und Zweiter Präsident des Landtags des Landes Salzburg. Fazit der Runde: Europa muss sich im Wettbewerb mit den Großmächten USA, Russland und China zunehmend behaupten. Die künftigen Herausforderungen erscheinen zwar gewaltig – sie sind aber nicht unlösbar! **Denn gerade mit den Regionen und Regionalparlamenten hat die EU starke Partner an ihrer Seite. Sie sind der Motor, um das Friedensprojekt „Europäische Union“ in eine gesicherte und stabile Zukunft zu führen.** Die Konferenz zur Zukunft Europas, die Erholung nach der Corona-Pandemie, die Koordination unserer Pläne für die „Next Generation EU“ – das alles sind wichtige Themen für unsere Diskussion. **Unter den nachfolgenden Links können Sie die Veranstaltung nochmals anschauen:**

- YouTube: <https://youtu.be/TE-wbNRludM>
- Einzelne Themenzuschnitte gibt es über die [Playlist](#) auf YouTube



Thema des nächsten #Blickpunkts B@yern!
Das bayerische Gast- und Schaustellergewerbe vor dem Neustart



Corona ist die größte Herausforderung der Nachkriegszeit für Bayern – vor allem **Hotellerie, Gastronomie und Schausteller trifft die Pandemie hart**: Lang geplante Reisen wurden storniert, der lokale Tourismus kocht auf Sparflamme und **viele Volksfeste mussten auch für dieses Jahr abgesagt werden** – von der Fränkischen Kerwa über das niederbayerische Gäubodenfest bis hin zur Wiesn 2021 in München.

Jetzt geht es um die Existenz einer ganzen Branche! Doch jeder Herausforderung wohnt auch eine Chance inne: Zeigt nicht gerade das Fehlen essentieller Bestandteile unseres bayerischen Lebensgefühls, welche zentrale gesellschaftliche und kulturelle Rolle Volksfeste, Gastronomie und Hotellerie im

Freistaat spielen? **Retten Alternativkonzepte wie die „Wirtshauswiesn“ und der Münchner „Sommer in der Stadt“ die von der Corona-Pandemie gebeutelten Branchen?** Wie kommen Gast- und Schaustellergewerbe so schnell wie möglich raus aus der unverschuldeten Krise?

Über diese und viele weitere Fragen diskutiert die Festwirtin und gastropolitische Sprecherin der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion **Jutta Widmann** im „Blickpunkt B@yern“ – mit ihren Gästen **Dr. Thomas Geppert**, Landesgeschäftsführer des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbands DEHOGA Bayern e.V., sowie **Christian Buchner**, Vorsitzender der Marktkaufleute und der Schausteller Landshut sowie Revisor des Bayerischen Landesverbands der Marktkaufleute und der Schausteller e.V. (BLV)

Schalten Sie ein: **Dienstag, 18. Mai 2021, 19.00 Uhr**
Unter nachfolgenden Links gelangen Sie direkt zur Veranstaltung:

- Streaming-Plattform: https://is.gd/FW_Livestream
- Facebook: <https://fb.me/e/1h854N8Kg>
- YouTube: <https://youtu.be/LflQs74x68>
- Webseite der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion: www.fw-landtag.de

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! Die Sendung kann auch nachträglich noch über unseren [YouTube-Kanal](#) oder bei [Facebook](#) angeschaut werden.

Kontakt und Impressum

Wolfgang Hauber, MdL

Abgeordnetenbüro

Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Abgeordnetenbüro

Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09141 / 99 70 170

Tel.: 09827 – 207585, Fax: 09827 – 207586

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de

Email: peter.bauer@fw-landtag.de

Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de

Homepage: www.frankensprecher.de

Facebook:

Facebook:

www.facebook.com/hauberwolfgang/

www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher

Instagram:

[her](#)

www.instagram.com/hauberwolfgang/

Instagram:

Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei

www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher

[r](#)

Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher

Sollten Sie Fragen, Wünsche, Kritik oder gerne auch Lob haben, melden Sie sich gerne bei uns. Wenn Sie ein Problem vor Ort haben oder eine Veranstaltung planen, kommen Sie gerne auf uns zu.

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, antworten Sie einfach auf diese E-Mail!

Copyright © Wolfgang Hauber, MdL

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich für Informationen rund um den Landtagsabgeordneten Wolfgang Hauber interessieren.